



FH MÜNSTER
University of Applied Sciences

Amtliche Bekanntmachungen

Herausgegeben von der
Präsidentin
der Fachhochschule Münster
Hüfferstraße 27
48149 Münster
Fon +49 251 83-64055

07.05.2018
Nr. 38/2018
Seite 259 - 262

Vierte Ordnung zur Änderung der Rahmenordnung für die Bachelorprüfungen an der Westfälischen Wilhelms-Universität und der Fachhochschule Münster innerhalb des Studiums für das Lehramt an Berufskollegs mit einem Unterrichtsfach und einer beruflichen Fachrichtung vom 07. September 2011 vom 30.04.2018

**Vierte Ordnung zur Änderung der Rahmenordnung für die Bachelorprüfungen an der
Westfälischen Wilhelms-Universität und der Fachhochschule Münster innerhalb des Studiums
für das Lehramt an Berufskollegs
mit einem Unterrichtsfach und einer beruflichen Fachrichtung
vom 7. September 2011
vom 30.04.2018**

Aufgrund der §§ 64 Abs. 1 und 2, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Hochschulzukunftsgesetzes vom 17. Oktober 2017 (GV.NRW, S. 805) haben der Senat der Westfälischen Wilhelms-Universität und der Senat der Fachhochschule Münster die folgende Ordnung erlassen:

Artikel I

Die Rahmenordnung für die Bachelorprüfungen an der Westfälischen Wilhelms-Universität und der Fachhochschule Münster innerhalb des Studiums für das Lehramt an Berufskollegs mit einem Unterrichtsfach und einer beruflichen Fachrichtung vom 7. September 2011 (AB Uni 2011/28; AB FH 85/2011) zuletzt geändert durch Ordnung vom 7. November 2016 (AB Uni 2016/39) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„Die Prüfungsordnungen der Fächer können vorsehen, dass die Zuständigkeiten gemäß den Absätzen 1 und 4 abweichend von diesen Bestimmungen von der Studiendekanin/dem Studiendekan wahrgenommen werden.“

2. In § 10 wird nach Absatz 2 folgender Absatz 2a eingefügt:
„Soweit diese Ordnung oder die auf ihrer Grundlage erlassenen Prüfungsordnungen der Fächer einschließlich der Modulbeschreibungen schriftliche Prüfungsleistungen vorsehen, können diese auch softwaregestützt in elektronischer Form durchgeführt und ausgewertet werden.“
3. In § 13 Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:
„Die Dekanin/der Dekan/das Dekanat/der Prüfungsausschuss kann die Bestellung der Beisitzerinnen/Beisitzer abweichend davon auf die Prüferin/den Prüfer übertragen.“ Der bisherige Satz 2 wird zu Satz 3.
4. § 13 Abs. 5 werden folgende Sätze 4 bis 6 angefügt:
„Abweichend davon können die Prüfungsordnungen für die Fächer bestimmen, dass zwei Prüferinnen/Prüfer die Bewertung vornehmen. Das Protokoll ist dann von beiden Prüferinnen/Prüfern zu unterzeichnen. Für die Ermittlung der Note gilt Absatz 8 Sätze 2 und 3 entsprechend.“
5. In § 13 Absatz 6 werden nach Satz 2 folgende Sätze 3 und 4 eingefügt:
„Abweichend davon können die Prüfungsordnungen für die Fächer bestimmen, dass zwei Prüferinnen/Prüfer die Bewertung vornehmen. Für die Ermittlung der Note gilt Absatz 8 Sätze 2 und 3 entsprechend.“ Der bisherige Satz 3 wird zu Satz 5.
6. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14

Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Studien- und Prüfungsleistungen, die in dem gleichen Studiengang an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, es sei denn, dass hinsichtlich der zu erwerbenden Kompetenzen wesentliche Unterschiede festgestellt werden. Dasselbe gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen der Westfälischen Wilhelms-Universität oder anderer Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht worden sind.

- (2) Auf der Grundlage der Anerkennung nach Absatz 1 kann und auf Antrag der/des Studierenden muss in ein Fachsemester eingestuft werden, dessen Zahl sich aus dem Umfang der durch die Anerkennung erworbenen Leistungspunkte im Verhältnis zu dem Gesamtumfang der im jeweiligen Studiengang insgesamt erwerbenden Leistungspunkten ergibt. Ist die Nachkommastelle kleiner als fünf, wird auf ganze Semester abgerundet, ansonsten wird aufgerundet.
 - (3) Für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die in staatlich anerkannten Fernstudien, in vom Land Nordrhein-Westfalen mit den anderen Ländern oder dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien, in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen oder in einem weiterbildenden Studium gemäß § 62 HG erbracht worden sind, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
 - (4) Maßstab für die Feststellung, ob wesentliche Unterschiede bestehen oder nicht bestehen, ist ein Vergleich von Inhalt, Umfang und Anforderungen, wie sie für die erbrachte Leistung vorausgesetzt worden sind, mit jenen, die für die Leistung gelten, auf die anerkannt werden soll. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Für Studien- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Vergleichbarkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.
 - (5) Studierenden, die aufgrund einer Einstufungsprüfung berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf die Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt. Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für die Dekanin/den Dekan/den Prüfungsausschuss bindend.
 - (6) Auf Antrag können sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen anerkannt werden, sofern diese den Studien- bzw. Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.
 - (7) Werden Leistungen auf Prüfungsleistungen anerkannt, sind ggfs. die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anerkennung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Führt die Anerkennung von Leistungen, die unter unvergleichbaren Notensystemen erbracht worden sind, dazu, dass eine Modulnote nicht gebildet werden kann, so wird dieses Modul nicht in die Berechnung der Gesamtnote mit einbezogen.
 - (8) Die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen sind von den Studierenden einzureichen. Die Unterlagen müssen Aussagen zu den Kenntnissen und Qualifikationen enthalten, die jeweils anerkannt werden sollen. Bei einer Anerkennung von Leistungen aus Studiengängen sind in der Regel die entsprechende Prüfungsordnung samt Modulbeschreibungen sowie das individuelle Transcript of Records oder ein vergleichbares Dokument vorzulegen.
 - (9) Zuständig für Anerkennungs- und Einstufungsentscheidungen ist die Dekanin/der Dekan/der Prüfungsausschuss. Vor Feststellungen über die Vergleichbarkeit bzw. das Vorliegen wesentlicher Unterschiede sind die zuständigen Fachvertreterinnen/Fachvertreter zu hören.
 - (10) Die Entscheidung über Anerkennungen ist der/dem Studierenden spätestens vier Wochen nach Stellung des Antrags und Einreichung aller erforderlichen Unterlagen mitzuteilen. Im Falle einer Ablehnung erhält die/der Studierende einen begründeten Bescheid.“
7. In § 16 wird nach Absatz 2 folgender Absatz 2 a eingefügt:
- „Die Prüfungsordnungen für die Fächer können vorsehen, dass im letzten zur Verfügung stehenden Versuch einer schriftlichen Prüfung eine mündliche Ergänzungsprüfung durchgeführt wird, wenn die schriftliche Prüfungsleistung vorläufig mit der Note „mangelhaft“ bewertet wurde. Aufgrund der Ergänzungsprüfung wird die Note der schriftlichen Prüfungsleistung auf

„ausreichend“ oder „mangelhaft“ festgesetzt. Das Nähere regeln die Prüfungsordnungen der Fächer.“

8. § 21 Absatz 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Als triftiger Grund kommen insbesondere krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit und die Inanspruchnahme von Fristen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes oder die Pflege oder Versorgung des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese oder dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist, in Betracht.“

9. In § 21 wird nach Absatz 1 folgender Absatz 1 a eingefügt.

„Sofern die Westfälische Wilhelms-Universität bzw. die Fachhochschule Münster eine Studierende gemäß den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes nicht im Rahmen ihrer Ausbildung tätig werden lassen darf, ist die Durchführung von Prüfungen unzulässig.“

10. In § 21 Abs. 2, letzter Satz, wird „innerhalb von 14 Tagen“ ersetzt durch „innerhalb von vier Wochen“.

Artikel II

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität (AB Uni) und den Amtlichen Bekanntmachungen der Fachhochschule Münster (AB FH) in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 24. Januar 2018 und des Beschlusses des Senats der Fachhochschule Münster vom 12.03.2018. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Münster, den 30. April 2018

Der Rektor der
Westfälischen Wilhelms-Universität


Prof. Dr. Johannes Wessels

Die Präsidentin der
Fachhochschule Münster


Prof. Dr. Ute von Lojewski